VR-07 (V-103)-131 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: KV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 22.10.2024

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 130 bis 134 einfügen:
Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026 in Kraft tritt.
Deswegen wollen wir bereits jetzt die Umsetzung unter Wahrung rechtsstaatlicher und humanitärer Grundsätze beschleunigen und ins Handeln
kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und
rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und menschenunwürdigen Bedingungen sowie unverhältnismäßigen Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Im
Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von Schutzsuchenden

Begründung

Es besteht im Rahmen der GEAS Reform die Gefahr, dass eben keine rechtsstaatlichen Methoden in der Umsetzung erfolgen sollen. Dies lehnen wir ab und stellen klar, dass wir Geflüchtete nicht ohne Aussicht auf ein rechtsstaatliches Verfahren in Gefängnissen an der Grenze versauern lassen.